

Übergänge in Ausbildung und Studium

Wie die Politik in Zeiten des Fachkräftemangels
nachschulische Bildung gestalten muss



© Bertelsmann Stiftung und CHE Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh

Oktober 2024

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

CHE Centrum für Hochschulentwicklung GmbH

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

www.che.de

Autor:innen

Caroline Schnelle

Melanie Rischke

Ulrich Müller

Lektorat

Katja Lange, Hamburg

Grafikdesign

VISIO Kommunikation GmbH, Bielefeld

Bildrechte

Titelbild: © accogliente - stock.adobe.com

Zitiervorschlag

Caroline Schnelle, Melanie Rischke & Ulrich Müller (2024). Übergänge in Ausbildung und Studium.

Wie die Politik in Zeiten des Fachkräftemangels nachschulische Bildung gestalten muss.

Bertelsmann Stiftung und CHE Centrum für Hochschulentwicklung (Hrsg.). Gütersloh.

Einleitung

Bildungsbiografien verlaufen immer seltener linear. Stattdessen wechseln sich Bildungs- und Erwerbsphasen ab oder überlappen sich. Viele Lernende kombinieren individuell Elemente aus der beruflichen und akademischen Bildung, um zukunftsfähige Kompetenzen zu entwickeln.¹ Einzelne Bildungsanbieter haben bereits vielversprechende Ansätze entwickelt, um diesem wachsenden **Bedürfnis nach einer Kombination von Wissenschaftlichkeit und Anwendungsbezug** nachzukommen. Allerdings verhindern starre Strukturen des Bildungssystems, dass die nachschulische Bildung flächendeckend bedarfsgerecht und flexibel gestaltet werden kann.

Das ist nicht nur für die Betroffenen mühsam, sondern auch für die Gesellschaft ein wirtschaftlicher Verlust, den sich Deutschland angesichts des **Fachkräftemangels** nicht länger leisten kann: 70,4 % der Entscheider:innen in Unternehmen haben Probleme, offene Stellen mit Fachkräften zu besetzen.² Insgesamt sind 1,3 Millionen Stellen für qualifizierte Arbeitskräfte unbesetzt.^{3, 4} Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnet eine Rekordzahl von 200 Engpassberufen.⁵ Dieser Mangel betrifft sowohl akademische als auch Ausbildungsberufe und beeinträchtigt bereits heute die Qualität der Versorgung in kritischen Bereichen wie Gesundheitswesen, Handwerk und Logistik.⁶

Um die Fachkräfteversorgung, die Innovationsfähigkeit und den Wohlstand Deutschlands zu sichern, müssen Bildungspolitiker:innen in Bund und Ländern jetzt **zukunftsfähige Rahmenbedingungen für durchlässige nachschulische Bildung und lebenslanges Lernen** schaffen. Der Handlungsbedarf nimmt aufgrund des fortschreitenden demografischen Wandels weiter zu.

An folgenden fünf Stellen muss die Politik jetzt aktiv werden:

1.



Mangelnde berufliche Orientierung verzögert den Eintritt in die Erwerbstätigkeit

Bildungswilligen stehen über 300 anerkannte Ausbildungsberufe⁷ und über 9.000 Bachelor-Studiengänge⁸ zur Verfügung. Diese Auswahl ist schwer zu überblicken. Fundierte Entscheidungen über den individuellen Bildungsweg werden vielfach durch eine **unzureichende berufliche Orientierung** erschwert.⁹ Schulische Beratungsangebote sind häufig noch immer nicht ergebnisoffen, z. B. fokussieren sie an Gymnasien auf das Studium und vernachlässigen die berufliche Bildung. Zudem finden sich viele interesselitete Beratungsangebote, bei denen die Akteur:innen das Ziel haben, möglichst viele junge Menschen für den eigenen Bereich zu gewinnen.

Besonders Jugendliche mit hoher Schulbildung, denen viele nachschulische Bildungsoptionen unmittelbar offenstehen, wünschen sich mehr Unterstützung bei der Auswahl des richtigen Bildungsangebots.¹⁰ Nahtlose Übergänge in passende Ausbildungs- oder Studienangebote scheitern nicht an allgemeinen Informationen zu Berufen und Studiengängen, sondern an der Möglichkeit zur **Selbstreflexion im persönlichen Gespräch** mit Blick auf die individuellen Interessen, Ziele, Vorstellungen und Fähigkeiten.¹¹



Politik muss berufliche Orientierung stärken

Die Politik muss sicherstellen, dass Bildungsinteressierte an den entscheidenden Weichenstellungen – wie am Übergang von der Schule in den Beruf – durch individuelle und **ergebnisoffene Beratung** begleitet werden. Sie können nur dann reflektierte Entscheidungen treffen, wenn sie über sämtliche relevanten Optionen aus beruflicher und akademischer Bildung inklusive der Anforderungen und Anschlussoptionen informiert sind. Berufsberater:innen oder Jobcoaches müssen entsprechend bei der Selbstreflexion unterstützen. Wo die Beratung für berufliche bzw. akademische Bildung noch getrennt erfolgt, muss die Politik eine übergreifende Zusammenarbeit aller beratenden Akteur:innen forcieren.

Die kürzlich erfolgte Stärkung der **Jugendberufsagenturen**¹² (bei denen unterschiedliche Akteur:innen unter einem Dach kooperieren, sodass die Orientierungsuchenden einen Anlaufpunkt haben) ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es muss jedoch noch sichergestellt werden, dass Jugendberufsagenturen dieses Zuschnitts bundesweit allen Jugendlichen zur Verfügung stehen – nicht nur denjenigen, die einen besonderen Förderbedarf aufweisen.

2.



Zu viele Menschen scheitern bereits beim Übergang von der Schule in die nachschulische Bildung

Trotz einer Rekordzahl von über 70.000 unbesetzten Ausbildungsstellen bleibt eine hohe Zahl von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Im Jahr 2023 blieben über 25.000 Ausbildungsbewerber:innen unversorgt, während knapp 250.000 weitere in den berufsvorbereitenden Übergangsbereich eingingen.¹³ Insgesamt verfügt jede:r fünfte 20- bis 34-Jährige nicht über einen berufsqualifizierenden Abschluss.¹⁴

Besonders alarmierend ist der hohe Anteil von 41% Ungelernten unter den Hauptschulabsolvent:innen. Dieses Problem wird mit dem im Jahr 2023 beschlossenen Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung mit einer Ausbildungsgarantie adressiert, diese gilt allerdings ausschließlich in unterversorgten Regionen. **Erfolgreiche Ausbildungsbewerber:innen** in Regionen mit vielen offenen Ausbildungsplätzen verbleiben ohne Perspektive.



Politik muss mit evidenzbasierter Bildungspolitik Übergänge erleichtern

Damit junge Menschen nicht am Übergang von der Schule in die nachschulische Bildung verloren gehen, brauchen die Agenturen für Arbeit die Kontaktdaten von allen Schulabgänger:innen ohne Anschlussperspektive und mit Unterstützungsbedarf. Die rechtliche Grundlage hierfür wurde 2020 mit der Schülerdatennorm geschaffen. Die Umsetzung verläuft allerdings zäh: In den meisten Bundesländern werden nach wie vor keine **Schulabgänger:innendaten an die Agentur für Arbeit** übermittelt. Hier muss die Politik dafür sorgen, dass diese Jugendlichen mit Beratungshinweisen und -angeboten kontaktiert werden können.

Auch evidenzbasierte Bildungspolitik funktioniert nur mit einer umfassenden Datengrundlage. Dafür ist ein **nationales Bildungsverlaufsregister** unabdingbar, das Bildungsverläufe nachvollziehbar macht. Nur auf solch einer Grundlage können gezielte Maßnahmen entwickelt und auf die jeweiligen Zielgruppen passgenau zugeschnitten werden.

3.



Hohe Abbruchquoten in Ausbildung und Studium verstärken den Fachkräftemangel

Im Jahr 2022 brachen 24 % der dualen Auszubildenden und 38 % der vollzeitschulischen Auszubildenden ihre Ausbildung vorzeitig ab.¹⁵ 28 % der Bachelorstudierenden beendeten das Studium vor Erlangen des Abschlusses.¹⁶ Diese **hohen Abbruchquoten** sind sowohl ein individuelles als auch ein gesellschaftliches Problem, weil die Betroffenen – wenn überhaupt – verzögert, über Umwege und unter zusätzlichen Kosten einen Abschluss erlangen und somit dem Arbeitsmarkt nicht oder erst verspätet als Fachkraft zur Verfügung stehen. Für einen Teil der Studien- und Ausbildungsabbrecher:innen kommen zudem keine alternativen Bildungsoptionen infrage, weil sie durch Vollzeitwerbstätigkeit für ihren Lebensunterhalt sorgen oder sich um Kinder kümmern müssen.

In der beruflichen Bildung gibt es seit 2020 die grundsätzliche Möglichkeit, eine betriebliche Ausbildung in Teilzeit zu absolvieren.¹⁷ Diese Möglichkeit wird jedoch kaum abgerufen: 2022 wurden nur 0,5 % der Neuverträge in Teilzeit geschlossen.¹⁸ In der Praxis scheitert es häufig an den Lehrzeiten an der Berufsschule, der mangelnden Information über die Teilzeitausbildung¹⁹ sowie insbesondere bei Alleinerziehenden an der fehlenden Kinderbetreuung.²⁰ An staatlichen Hochschulen muss der Wunsch nach einem Teilzeitstudium häufig noch begründet und als Ausnahme genehmigt werden. Eine formale Einschreibung als Teilzeitstudierende:r schließt zudem von einer BAföG-Förderung aus.²¹



Politik muss Abbrüche zu neuen Chancen werden lassen

Personen, die mit dem Gedanken spielen, ihr Studium oder ihre Ausbildung abzubrechen, sollten systematisch und frühzeitig aufgeklärt werden, welche Alternativen bestehen und welche Leistungen auf anschließende Bildungswege angerechnet werden können. Die Politik muss dafür sorgen, dass entsprechende **Begleitungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote** auf- und ausgebaut werden.

Zudem müssen nachschulische Bildungsangebote **flexibler werden**, um besser zur komplexen Lebensrealität zu passen. Die Politik muss dafür sorgen, dass gesetzliche Regelungen ein Studium oder eine Ausbildung in Teilzeit als legitime Option und nicht als begründungspflichtige Ausnahme behandeln. Möglichst alle Bildungsangebote sollten Unterbrechungen, etwa zur Care-Arbeit oder aus gesundheitlichen Gründen, zulassen und auch in Teilzeit absolviert werden können.

4.



Fehlende Durchlässigkeit erschwert Wechsel zwischen Bildungswegen

Intransparente Anschlussoptionen bremsen Bildungswillige auf ihrem Weg aus, wenn sie sich fachlich umorientieren oder zwischen Ausbildung und Studium wechseln wollen. Studienabbrecher:innen müssen etwa, selbst wenn sie in eine inhaltlich verwandte Ausbildung wechseln, oft ganz von vorne anfangen, da sie nicht systematisch mit einer Anrechnung des bereits erworbenen Fachwissens aus dem Studium rechnen können. Das erschwert die Entscheidung zum Wechsel und führt zu unnötigen Zeit- und Geldverlusten.

In der Hochschulbildung ermöglicht der ECTS-Ansatz **klar definierte Teilqualifikationen**, die als Einzelbausteine auf einen vollständigen Abschluss abzielen (im Weiterbildungsbereich zunehmend auch realisiert über CAS-/DAS-Zertifikate). Solche Konzepte existieren in der beruflichen Bildung bisher nur für Erwachsene ab 25 Jahren:²² Das für die berufliche Bildung vergleichbare ECVET-System hat sich nicht durchgesetzt, weshalb eine direkte Verknüpfung zwischen Hochschule und Ausbildung auf dieser Basis nicht möglich ist.

Und: Die **individuelle Bildungsfinanzierung** entscheidet wesentlich darüber, welche Bildungswege Interessierte beschreiten können bzw. als machbar angesehen werden. Hier ist das BAföG nicht auf der Höhe der Zeit. Traditionelle Normvorstellungen über Studierende (Studium direkt nach dem Abitur, in Vollzeit, in Regelstudienzeit, ohne Studiengebühren) sind immer weniger kompatibel mit der Lebensrealität.



Politik muss Übergänge vereinfachen

Um den Wechsel zwischen akademischer und beruflicher Bildung zu erleichtern, müssen erworbene Kompetenzen zuverlässig dokumentiert und anrechenbar gemacht werden. Um die Durchlässigkeit der beiden Bildungssysteme zu verbessern, muss die Politik darauf hinwirken, dass auch die berufliche Bildung lernortübergreifende, **standardisierte Bausteine der beruflichen Ausbildung** definiert. Diese Bausteine sollten mit einem Rechensystem gekoppelt werden, das mit dem ECTS der Hochschulen kompatibel ist.

Zudem sollte Bildungsinteressierten in jeder Lebensphase ein passendes Finanzierungsinstrument offenstehen, das den nächsten Schritt ermöglicht. Staatliche Finanzierungsangebote sollten entsprechend so konzipiert sein, dass sie lebenslanges Lernen ermöglichen und unterstützen. In einem ersten Schritt muss dringend ein **Relaunch des BAföG** umgesetzt werden. Nötig ist eine „Bundesstudienförderung“, die unterschiedliche Eventualitäten, Lebenslagen, Bildungsbiografien und Studienmodelle auffängt und auch beruflich Gebildeten weitere Bildungswege machbar erscheinen lässt.

5.



Fehlinformationen verhindern individuelle Bildungswege

In den Medien und in der Öffentlichkeit kursieren viele **Mythen und Fehlinformationen** über Studium und Ausbildung, wie beispielsweise die Annahme, dass allein die Akademisierung am Auszubildendenmangel schuld sei oder dass eine einmal getroffene Entscheidung für eine berufliche oder akademische Ausbildung nicht mehr revidiert werden könne.²³ Durch fehlende oder falsche Informationen werden Wechsel zwischen dem akademischen und dem beruflichen Bildungssystem erschwert.



Politik muss faktenbasiert kommunizieren

Politische Akteur:innen müssen sich in öffentlichen Äußerungen **stets an Fakten orientieren** und unzulässige Simplifizierungen und Schuldzuweisungen vermeiden. Trends und Probleme müssen nachvollziehbar eingeordnet und überzeugende Lösungen abgeleitet werden. Das gilt insbesondere für Kommunikationswege, in denen Falschinformationen häufig vorkommen, wie z. B. Social Media.

Fazit

Politik kann und muss jetzt die getrennten Welten verbinden

Um die Lücken auf dem Fachkräftemarkt zu schließen, brauchen wir sowohl akademisch als auch beruflich gebildeten Nachwuchs. Gesamtgesellschaftlich betrachtet ist jeglicher Wettbewerb zwischen der Ausbildung und dem Studium ein Nullsummenspiel. Deshalb darf sich die Politik nicht von einem Bereich vereinnahmen lassen, sondern muss die nachschulische Bildung aus einer **übergreifenden Gesamtperspektive** heraus steuern. Ein kooperativer, gemeinschaftlicher Ansatz hat das Potenzial, zu einem Positivsummenspiel (alle profitieren, nicht bloß Einzelne auf Kosten anderer) zu werden. Für Bildungsinteressierte ist das Zusammenrücken von Wissenschaftlichkeit und Praxis längst selbstverständlich – dies sollte sich auch auf struktureller Ebene widerspiegeln.

Akademischen und beruflichen Bildungsakteur:innen aus den zuständigen Landesministerien und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung kommt hier eine Schlüsselrolle zu: Sie können und sollten als **Brückenbauer:innen** agieren und etwa auch entsprechende Verbände und Interessengruppen überzeugen, dass beim Thema Fachkräftemangel Kooperation weiter führt als Konkurrenz. Die Politik muss die betroffenen Akteur:innen auffordern, Zielvorstellungen konsequent miteinander zu verknüpfen und gemeinsam an zukunftsfähigen Modellen zu arbeiten.

Es gibt an vielen Stellen bereits einzelne vielversprechende Initiativen, z. B. innovative Kooperationsmodelle zwischen akademischer und beruflicher Bildung in einzelnen Regionen oder fortschrittliche Beratungsangebote für den Übergang von der Schule ins Studium oder in den Beruf in einzelnen Bundesländern. Diese sind aber häufig Einzellösungen und nur lokal anzutreffen, sodass sie zwar einem begrenzten Kreis helfen, aber nicht bundesweit verlässliche und transparente Standardwege schaffen. Sie zeigen aber häufig belastbare Lösungsansätze auf. Daher muss es jetzt darum gehen, aus erfolgreichen Projekten zu lernen und **gute Lösungen in die Breite zu tragen**. Die Politik ist gefragt, gute Ansätze zu identifizieren sowie Pilotprojekte zu verstetigen und zu skalieren. Dazu muss sie dezentrale Initiativen zusammenbringen, diese evaluieren, Benchmarking und Erfahrungsaustausch organisieren sowie Good Practices in Datenbanken allen Interessierten gebündelt zugänglich machen.

- 1 Müller, U., et al. (2022). Gut verbunden? Hochschulen als Knotenpunkte nachschulischer Bildung. Gütersloh: CHE Centrum für Hochschulentwicklung. <https://www.che.de/download/hochschulens-als-knotenpunkte-nachschulischer-bildung/>
- 2 Abbate, P. (2023). Fachkräftemigrationsmonitor 2023 – Fachkräftengpässe von Unternehmen in Deutschland, Trends und Potenziale zum Zuzug ausländischer Fachkräfte. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Fachkraeftemigrationsmonitor_2023.pdf
- 3 Bundesagentur für Arbeit (2023). Engpassanalyse. https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Fachkraeftebedarf/Engpassanalyse-Nav.html?Thema%3Denglist%26DR_Region%3Dd%26DR_Engpassbewertung%3De%26DR_Anf%3D2%26mapHadSelection%3Dfalse%26togglswitch%3D0 (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 4 Tiedemann, J., Kunath, G., & Werner, D. (2024). Jahresrückblick 2023 – Rückgang der Fachkräftelücke, aber keine Entspannung. Kofa Kompakt. https://www.kofa.de/media/Publikationen/KOFA_Kompakt/Jahresueckblick_2023.pdf (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 5 Bundesagentur für Arbeit (2023). Fachkräftemangel nimmt zu: Zahl der Engpassberufe steigt auf 200. Presseinfo Nr. 26. <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2023-26-fachkraeftemangel-nimmt-zu-zahl-der-engpassberufe-steigt-auf-200> (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 6 Bundesagentur für Arbeit (2023). Engpassanalyse. Siehe Endnote 3.
- 7 Statista (2024). Entwicklung der Gesamtzahl der anerkannten oder als anerkannt geltenden Ausbildungsberufe in Deutschland von 1971 bis 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156901/umfrage/ausbildungsberufe-in-deutschland/> (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 8 Statista (2024). Entwicklung der Bachelor-, Master- und übrigen Studiengänge in Deutschland vom Wintersemester 2007/2008 bis zum Wintersemester 2023/2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2847/umfrage/entwicklung-der-bachelor-master-und-uebrigen-studiengaenge/> (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 9 Barlovic, I., Ullrich, D., & Wieland, C. (2024). Ausbildungsperspektiven 2024 – Eine repräsentative Befragung von jungen Menschen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/ausbildungsperspektiven-2024-1> (zuletzt abgerufen am 14.10.2024).
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 BMAS (2024). SGB-III-Modernisierungsgesetz. <https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2024/sgb-iii-modernisierungsgesetz-entwurf-beschlossen.html> (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 13 BMBF (2024). Berufsbildungsbericht 2024. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2024/240508-berufsbildungsbericht-24.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 14 Ebd.
- 15 Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024). Bildung in Deutschland 2024. <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024/pdf-dateien-2024/bildungsbericht-2024.pdf> (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 16 Heublein, U., Hutzsch, C., & Schmelzer, R. (2022). Die Entwicklung der Studienabbruchquoten in Deutschland. DZHW Brief 05/2022. https://www.dzhw.eu/pdf/pub_brief/dzhw_brief_05_2022.pdf & Datenportal des BMBF (2022). Tabelle 2.5.90 (Archiv-Tabelle). Studienabbruchquoten für deutsche Studierende im Erststudium nach Hochschularten und ausgewählten Abschlussarten. <https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.5.90.html> (beides zuletzt abgerufen am 11.09.24). Bei den Abbruchquoten in Ausbildung und Studium handelt es sich meistens nicht um ein permanentes Ausscheiden, sondern um einen Wechsel. Knapp die Hälfte der Personen, die ihre erste Ausbildung oder ihr erstes Studium vorzeitig beenden, nehmen direkt oder mit Verzögerung eine neue Ausbildung oder ein neues Studium auf (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024). Bildung in Deutschland 2024. Siehe Endnote 15).
- 17 BIBB (2024). Teilzeitberufsausbildung. <https://www.bibb.de/de/1304.php> (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 18 Uhly, A., & Neises, F. (2024). Flexibilisierung der dualen Berufsausbildung durch Teilzeit – Welche Effekte zeigen die gesetzlichen Neuregelungen ab 2020? In: BWP Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung, 53. Jahrgang – 2024, H 20155. Frank Steiner Verlag, S. 48–50. <https://d-nb.info/1329085515/34#page=48> (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 19 IHK Berlin (o. A.). Berufsausbildung in Teilzeit – mehr Flexibilität in der Ausbildung. <https://www.ihk.de/berlin/ausbildung/infos-fuer-ausbildungsbetriebe/arbeitszeit-und-urlaub/unterstuetzung-berufsausbildung-3536910> (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 20 Hunger, K., & Sattler, K. (2017). Evaluationsbericht zum spezifischen Ziel A 2.1 Förderprogramm Teilzeitausbildung für Alleinerziehende im Rahmen der Evaluierung des Operationellen Programms des Europäischen Sozialfonds in Baden-Württemberg 2014–2020. Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg und ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH. https://www.esf-bw.de/esf/fileadmin/user_upload/Evaluationsbericht_A2.1_TZA_final_171218.pdf (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 21 Hachmeister, C.-D. (2023). Der CHECK – Teilzeitstudium in Deutschland 2023. Gütersloh: CHE Centrum für Hochschulentwicklung. <https://www.che.de/download/check-teilzeitstudium-2023> (zuletzt abgerufen am 15.10.2024).
- 22 BMBF (2024). Anschluss bis zum Abschluss durch Ausbildungsbausteine / Teilqualifikationen. https://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/berufliche-bildung/rahmenbedingungen-und-gesetzliche-grundlagen/anschluss-mit-abschluss-durch--sbausteine-teilqualifikationen/anschluss-mit-abschluss-durch--sbausteine-teilqualifikationen_node.html (zuletzt abgerufen am 11.09.24).
- 23 Schnelle, C., Müller, U., Johanning, N., & Rischke, M. (2023). Zehn Mythen rund um Ausbildung und Studium – Faktencheck nachschulische Bildung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung und CHE Centrum für Hochschulentwicklung. <https://www.che.de/download/faktencheck-nachschulische-bildung/>

Zum Weiterlesen:

CHE Centrum für Hochschulentwicklung – Nachschulische Bildung.
<https://www.che.de/nachschulische-bildung/>

Bertelsmann Stiftung – Chance Ausbildung.
www.bertelsmann-stiftung.de/chance-ausbildung

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Caroline Schnelle
Project Manager
Bertelsmann Stiftung
Programm Bildung und Next Generation
Telefon +49 5241 81-81201
caroline.schnelle@bertelsmann-stiftung.de

CHE Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.che.de

Melanie Rischke
Senior Projektmanagerin
Telefon +49 5241 9761-33
melanie.rischke@che.de

Ulrich Müller
Mitglied der Geschäftsleitung, Leiter politische Analysen
Telefon +49 5241 9761-56
ulrich.mueller@che.de